

<b>Sitzungsvorlage</b>		<b>Vorlage- Nr:</b>	<b>VO/2016/0584-10</b>
Federführend: 10 Bürgermeisteramt		Status:	öffentlich
Beteiligt:		Aktenzeichen:	
		Datum:	08.11.2016
		Referent:	Hinterstein Christian
<b>Liveübertragung von Stadtratssitzungen</b>			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
07.12.2016	Finanzsenat	Entscheidung	

## I. Sitzungsvortrag:

### 1. Ausgangssituation:

Die Echtzeit-Übertragung von Sitzungen kommunaler Gremien im Internet (sog. Livestream) beschäftigte bereits in der Vergangenheit die Kommunalverwaltungen. Mittlerweile liegen auch Erfahrungen verschiedener bayerischer Kommunen im Umgang mit diesem Instrument vor.

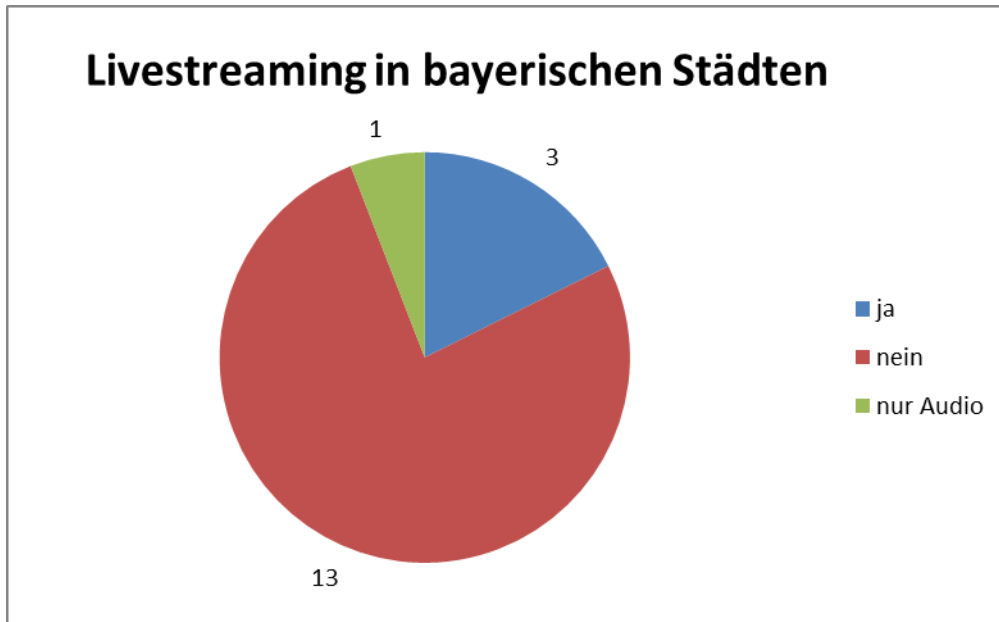
Mit Schreiben vom 07.04.2016 (Anlage 1) beantragte Herr Stadtrat Schwimbeck einen solchen Livestream für alle Sitzungen der Gremien des Stadtrates einzurichten.

Die rechtlichen, praktischen und finanziellen Rahmenbedingungen der Einrichtung eines Livestreams wurden durch die Verwaltung wie folgt geprüft:

### 2. Erfahrungen anderer bayerischer Städte:

Ein Livestream wird aktuell nur von wenigen bayerischen Kommunen angeboten. Die Umsetzung unterscheidet sich teilweise. Dabei haben einige Städte den Livestream oder ähnliche Angebote nach einer Probe-phase auch bereits wieder abgeschafft.

Die städtische Pressestelle hat über den Bayerischen Städtetag eine Umfrage unter den bayerischen Städten durchgeführt. Danach bieten aktuell lediglich vier bayerische Städte (Ingolstadt, Passau, Pfaffenhofen, München) einen Livestream der Stadtratssitzungen im Internet an, davon Ingolstadt nur im Audio-Format. Grafisch ergibt sich folgendes Bild:



Die Städte Regensburg und Coburg stellten die Übertragungen nach einer Probezeit wieder ein. In Regensburg wurde statt einer Live-Übertragung, eine nachträgliche Einstellung der Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Verkehr und Wohnungsfragen sowie des Kulturausschusses ins Internet eingeführt. Die Stadt Bayreuth plant wohl seit längerem einen Livestream. Hierfür wurde bereits eine halbe Planstelle geschaffen. Die tatsächliche Realisierbarkeit wird aber aus finanziellen Gründen als fraglich bezeichnet.

Nach den mitgeteilten Erfahrungen ist Hintergrund dieser Entwicklung vor allem die nur als sehr übersichtlich zu beschreibende Nutzerresonanz:

Nach den Erfahrungen der Städte mit Livestream nutzen zwischen 15 und 500 Zuschauern die Angebote. In Ingolstadt (etwa 130.000 Einwohner) hören durchschnittlich 500 Zuhörer die Vollsitzungen des Stadtrates und 60 die der Ausschusssitzungen. In Passau (etwa 50.000 Einwohner) gibt es, themenbezogen, zwischen 15 und 50 Zuschauern. In Regensburg (etwa 150.000 Einwohner) zwischen 80 und 436. Allerdings zeigt sich in Regensburg eine stärkere Nachfrage nach den Sendungen in der Mediathek, aufgrund dessen auch die Live-Übertragungen wieder beendet wurden und ausschließlich nachträglich Sitzungen im Internet veröffentlicht werden.

Ebenfalls interessant ist die Tatsache, dass die Teilnahmezeit an den Live-Übertragungen wie der Mediathek mit fast ausschließlich unter zehn Minuten nur sehr kurz bemessen ist.

### 3. Rechtliche Rahmenbedingungen:

Datenschutzrechtlich gilt es zu beachten, dass es sich beim Stadtrat nicht um ein Parlament handelt, sondern ein Exekutivorgan. Daher gilt, dass jedes Stadratsmitglieder, jeder Verwaltungsmitarbeiter und jeder Zuhörer ein Recht am eigenen Bild hat, welches bei Übertragungen beachtet werden muss.

Eine generelle datenschutzrechtliche Erlaubnis für die Sendung von Bild- und Tonaufnahmen ist nicht vorhanden. Rechtlich ist daher die ausdrückliche, persönliche Zustimmung jeder einzelnen Person notwendig, von welcher ein Bild bzw. Ton aufgezeichnet und gesendet werden soll. Diese Zustimmung kann auch nicht durch einen Mehrheitsbeschluss des Gremiums ersetzt werden. Die Zustimmung muss informiert und schriftlich erfolgen. Diese Auffassung, wird durch den Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz bereits seit 2003 (21. Tätigkeitsbericht) stringent vertreten.

Für den Fall einer Verletzung des Persönlichkeitsrechtes durch Tonbandaufnahmen von Presseorganen aus der Sitzung liegt umfangreiche Rechtsprechung u.a. des BVerwG vor.

Direktübertragungen wirken sich danach unmittelbar auf die Persönlichkeitsrechte der Mitglieder des Stadtrates, der Zuschauer, der Bürger, deren Anliegen in den einzelnen Tagesordnungspunkten behandelt werden, und auf die der Mitarbeiter der Stadt sowie der Sachverständigen aus, die im Rahmen ihrer geschäftlichen Beziehungen zur Stadt mit ihren Sachvorträgen wichtige Entscheidungshilfen für den Stadtrat liefern.

Folgende Rechtsgebiete werden durch einen Livestream oder ähnliche Übertragungsmöglichkeiten tangiert:

### *Personalvertretungsrecht*

Eine Liveübertragung kann Beteiligungsrechte des Personalrates berühren, da die Durchführung von Übertragungen im Internet als Einführung technischer Einrichtungen zur Überwachung des Verhaltens oder der Leistung der Beschäftigten im Sinne des Art. 75 a Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Personalvertretungsgesetz (BayPVG) verstanden werden kann. In Straubing hat der Örtliche Personalrat seine Zustimmung zur Einführung der Internet-Übertragung verweigert.

### *Datenschutz*

Die Live-Übertragung im Internet stellt eine Übermittlung personenbezogener Daten an eine Vielzahl unbestimmter Personen dar. Eine Befugnisnorm hierfür existiert nicht. Das Interesse der Betroffenen daran, dass ihre personenbezogenen Daten nicht übermittelt werden, ist jedoch zu schützen.

Daher dürfen die Sitzungen und die individuellen Beiträge der Teilnehmer nur nach ausdrücklicher Einwilligung der Betroffenen im Internet übertragen werden. Dies gilt für Bild- wie Tonaufnahmen. Die Einwilligung ist nur wirksam, wenn sie freiwillig erfolgt. Eine Drucksituation in einer sozialen Gruppe kann dies bereits verhindern. Es bedarf also der ausdrücklichen schriftlichen Einwilligung jedes Sitzungsteilnehmers.

Außerdem ist auszuschließen, dass einzelne Zuschauer erkannt werden können. Bürgerangelegenheiten müssen streng anonymisiert behandelt werden. Die Aufzeichnungen dürfen nicht unbefristet aufbewahrt und den Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Personenbezogene Daten - wie beispielsweise Aufnahmen von Personen - sind zu löschen, wenn sie nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt werden.

### *Presse- und Rundfunkfreiheit*

Es besteht kein Anspruch der Presse auf eine bestimmte Art der Informationsbeschaffung (z.B. Tonaufnahmen) oder auf Herstellung einer Medienöffentlichkeit, die über Zuhören, Zusehen und Mitschreiben hinausgeht.

### *Rundfunkrecht*

Je nach Umsetzung der Übertragung im Internet kann – bei Vorliegen einer journalistisch-redaktionellen Gestaltung wie beispielsweise der aktiven Auswahl von Bildern – die Übertragung als Rundfunk einzustufen sein. Als Ausschlussstatbestand müsste die Stadt gemäß § 2 Abs. 3 Nr. 1 des Rundfunkstaatsvertrages (RStV) die Zugangsmöglichkeit zum Livestream so begrenzen, dass weniger als 500 Nutzer gleichzeitig das Angebot sehen können. Bei einer Einstufung als Rundfunk wäre eine Zulassung erforderlich, die aber an juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht erteilt werden darf (mit Ausnahme von Kirchen und Hochschulen). In jedem Falle müsste vor Inbetriebnahme eines Livestreams ein Antrag auf rundfunkrechtliche Unbedenklichkeit bei der Landesmedienanstalt gestellt werden.

#### 4. Praktische Umsetzbarkeit:

Für eine Übertragung der Sitzungen wären grundsätzlich zwei Varianten denkbar.

##### *Variante 1: Fest installierte Kameras in den Sitzungssälen*

Denkbar wäre das Anbringen einer oder mehrerer festinstallierter Webcams. Die Qualität von Bild und Ton wäre deutlich schlechter, als dies bei einer flexiblen Kamera der Fall wäre.

##### *Variante 2: Einsatz eines Kamerateams*

Denkbar wäre ein Kamerateam, das den Sitzungsverlauf aufzeichnet. Diese Variante wäre allerdings sehr kostenintensiv und würde möglicherweise auch ein störendes Element in den Sitzungen darstellen.

Bei beiden Varianten muss für Live-Übertragungen immer ein Mitarbeiter an den Kameras vor Ort sein, der bei Personen, die ihr Einverständnis für die Aufnahmen nicht erklärt haben, die Kamera und den Ton abschaltet. Für beide Varianten kommt die nachträgliche Bearbeitung des Materials für eine Mediathek in Frage, was zusätzlichen Aufwand bedeuten würde, allerdings auch die Möglichkeit böte, Teile des Mitschnittes zu entfernen – etwa bei fehlendem Einverständnis zur Veröffentlichung.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Anbringung einer starren Kamera für die potentiellen Nutzer wenig attraktiv. Für eine lebendige und interessante Berichterstattung wäre der Einsatz einer mobilen Kamera mit wechselnden Aufnahmezuschnitten erforderlich. Dies hätte aber zwingend den Einsatz eines „Kamerateams“ zur Konsequenz. Weiterhin ist festzuhalten, dass fehlende Einverständniserklärung von Teilnehmern ebenso wie die Anonymisierung gesprochener Äußerungen praktisch zu nicht unerheblichem zusätzlichen Aufwand führen.

#### 5. Kosten:

Eine Übertragung im Internet verursacht Kosten. Diese hängen maßgeblich von der konkreten Ausgestaltung der Maßnahme ab. Generell fallen einmalige Kosten für die Anschaffung der technischen Ausrüstung, bzw. die Anmietung des Equipments bzw. einer Kamerateams, laufende Kosten für die Streaming-Plattform und schnelles Internet sowie ggf. auch Personalkosten an. Zur Kostenermittlung wurden die Erfahrungen anderer Städte sowie eigene Erhebungen herangezogen.

Für **Variante 1**, den Einsatz einer fest installierten Kamera, fallen danach einmalige Investitionskosten für die technische Ausstattung in Höhe von voraussichtlich 15.000 – 20.000 Euro sowie laufende Kosten für Streaming-Plattform und schnelles Internet in Höhe von voraussichtlich 5.000 – 6.000 Euro jährlich an. Zusätzlich werden noch personelle Mehraufwendungen für die Bedienung der Kamera und des Tons sowie für die Pflege einer Mediathek erforderlich. Diese werden mit monatlich 7.000 € bei einer externen Vergabe und mit etwa 35.000 Euro jährlich für eine halbe Planstelle zu beziffern sein. Eigene personelle Kapazitäten stehen derzeit weder beim Sitzungsdienst noch der Pressestelle zur Verfügung.

Für **Variante 2**, den Einsatz eines Kamerateams, kann auf die Erfahrungen anderer Städte zurückgegriffen werden:

- Bei der Stadt Regensburg fallen Kosten in Höhe von 2.500 - 5.000 Euro pro Sitzung an. Jährlich entstehen daher – bei einer Beschränkung der Übertragungen auf die Vollsitzungen - Kosten in Höhe von 60.000 Euro. Sollen die Sitzungen aller Gremien übertragen werden, entstünden deutlich höhere Kosten.
- Bei der Stadt Ingolstadt fallen Kosten für die Übertragung eines Audio-Livestream, für sämtliche Gremiensitzungen, in Höhe von jährlich 11.000 Euro an. Eine Bildübertragung existiert nicht. Eine Vergleichsrechnung für einen Livestream sämtlicher Sitzungen kommt dabei zu voraussichtlichen Kosten in Höhe von 400.000 € im Jahr.

Generell liegen die Kosten der Angebote in anderen Städten zwischen 11.000 Euro und 50.000 Euro. Dabei werden in der Regel nur die Vollsitzungen übertragen mit Kosten in Höhe von 1.000 - 2.000 € pro Sitzung.

Für Bamberg lässt sich daher folgende Kosteneinschätzung ableiten:

- Bei einer Übertragung nur der Vollsitzungen (ca. 10 pro Jahr) ist mit jährlichen Kosten in Höhe von 15.000 € zu kalkulieren.
- Bei einer Übertragung der Sitzung des Stadtrates und der Senate (ca. 55 - 60 pro Jahr) ist mit jährlichen Kosten in Höhe von 82.500 € – 90.000 € zu kalkulieren.

Dabei gilt: Die Einrichtung eines Livestreams und – nur dies wäre auch sinnvoll – einer Mediathek verursachte Aufwendungen, welche nur mit zusätzlichem Personal bewältigt werden könnten. Auch hier kann auf die Erfahrungen anderer Städte zurückgegriffen werden:

In Passau werden pro Sitzung unabhängig von allen anderen Kosten mindestens 3,5 Stunden Personalaufwand pro Sitzung veranschlagt. In Bayreuth wurde – obwohl das Projekt noch nicht umgesetzt ist – extra eine neue Halbtagsstelle geschaffen.

Haushaltsmittel hierfür stehen nicht zur Verfügung.

## 6.Fazit

Zusammenfassend müssen bei der Übertragung von Stadtratssitzungen im Internet live und/ oder nachträglichem Abruf über eine Mediathek folgende Punkte berücksichtigt werden:

- Es müssen die Einverständniserklärung aller Stadratsmitglieder, sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sonstiger Teilnehmer eingeholt werden. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und/oder Stadträtinnen und Stadträte sowie Besucherinnen- und Besucher, die nicht einwilligen, müssen herausgeschnitten bzw. die Übertragung aktiv blind und stumm geschaltet werden.
- Zuhörer müssen unkenntlich gemacht werden.
- Unpopuläre Meinungen könnten durch öffentliche Aufmerksamkeit weniger geäußert werden, dies widerspricht dem grundsätzlichen demokratischen Gedanken der Meinungspluralität.
- Um nicht nur eine – für Nutzer nicht attraktive – Dauereinstellung, sondern wechselnde Bilder aus verschiedenen Perspektiven zu erlangen, ist der Einsatz eines Kamerteams mit tendenziell zwei Kameras notwendig. Hierfür fallen erhebliche Kosten an, für die keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen..
- Egal ob Live-Übertragung oder Mediathek: Es ist eine Bearbeitung notwendig, um aktiv Personen nicht aufzunehmen bzw. von der Aufnahme zu entfernen, die ihr Einverständnis nicht erklärt haben.
- Bei einem nachträglichen Einstellen der Sitzungen zum Abruf muss eine konkrete Löschfrist gesetzt und vollzogen werden.
- Nach den Erfahrungen anderer Städte gibt es grundsätzlich nur ein geringes Interesse seitens der Bürgerschaft an der Übertragung.
- Die Kosten stehen somit nicht in Relation zum prognostizierten Nutzen bzw. zum tatsächlichen, mittelfristigen Nutzerverhalten.

Die Stadtverwaltung kommt daher im Ergebnis zu der Empfehlung, die Live-Übertragung der Stadtrats- und Senatssitzungen nicht weiter zu verfolgen.

## II. Beschlussvorschlag:

1. Der Finanzsenat nimmt den Sitzungsvortrag zur Kenntnis.
2. Der Antrag von Stadtrat Schwimmbeck (BaLi) vom 07.04.2016 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

## III. Finanzielle Auswirkungen:

Der unter II. empfohlene Beschlussantrag verursacht

<b>X</b>	<b>1.</b>	keine Kosten
	<b>2.</b>	Kosten in Höhe von für die Deckung im laufenden Haushaltsjahr bzw. im geltenden Finanzplan gegeben ist
	<b>3.</b>	Kosten in Höhe von für die keine Deckung im Haushalt gegeben ist. Im Rahmen der vom Antrag stellenden Amt/Referat zu bewirtschaftenden Mittel wird folgender Deckungsvorschlag gemacht:
	<b>4.</b>	Kosten in künftigen Haushaltsjahren: Personalkosten: Sachkosten:

Falls Alternative 3. und/oder 4. vorliegt:

In das **Finanzreferat** zur Stellungnahme.

Stellungnahme des **Finanzreferates**:

### Anlagen:

- Anlage 1 Antrag Stadtrat Schwimmbeck vom 07.04.2016
- Anlage 2 Auszug aus der Mittelbayerischen Zeitung vom 26.04.2016
- Anlage 3 Auszug aus der Süddeutschen Zeitung vom 09.11.2016
- Anlage 4 Kostenaufstellung „Video-Streaming“
- Anlage 5 Artikel Nordbayerischer Kurier vom 27.02.2015

### Verteiler:

Heinrich Schwimbeck  
Bamberger Linke Liste (BaLi)



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
für die Bamberger Linke Liste (BaLi) stelle ich folgenden

**Antrag "Transparenz im Stadtrat - Sitzungsübertragung und -aufzeichnung"**

Die Bamberger Linke Liste (BaLi) beantragt, einen Livestream für alle Sitzungen der Gremien des Stadtrats einzurichten. Dieser soll

- (1.) auf der Internetseite der Stadt Bamberg übertragen werden und es soll
- (2.) die Möglichkeit bestehen den Livestream auf anderen Webseiten einzubetten.
- (3.) Die aufgezeichneten Livestreams sollen übersichtlich auf der Internetpräsenz der Stadt Bamberg archiviert werden.

**Begründung:** Nicht alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben Zeit eine Stadtratsitzung persönlich zu besuchen. Dennoch interessieren sich viele dafür, was ihre gewählten VertreterInnen beschließen und für was die einzelnen StadträtInnen eintreten. Livestreams bzw. Aufzeichnungen geben interessierten Bürger mehr Einblick in das politische Geschehen in Bamberg, sie lassen die Bürger mehr und unmittelbarer daran teilnehmen. Das macht die lokale Politik transparenter, es vermittelt politische Themen und Entscheidungen und fördert deren Akzeptanz. Es verbreitert die Grundlagen für eine regere Bürgerbeteiligung. Kurz: Es bedeutet ein Mehr an Transparenz und ein Mehr an Demokratie.

In vielen anderen bayerischen Städten gibt es bereits einen Livestream, wie z.B. in Regensburg, Ingolstadt oder München, aber auch in kleineren Gemeinden, wie Pfaffenhofen.

Die einmaligen Kosten für die Anschaffungen beliefen sich in Bonn laut heise.de auf ca. 4000 Euro. Die fortlaufende Durchführung kann von vorhandenem Personal, z.B. Sitzungsdienst und/oder im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit übernommen werden.

Bamberg, den 07.04.2016

Heinrich Schwimbeck



STADTTEILE

Dienstag, 26. April 2016

**POLITIK**

# Stadträte nicht mehr live im Netz

Der Regensburger Koalition ist die Resonanz auf den Stream zu gering. Ganz verschwinden soll er aber nicht.

Von Julia Ried, MZ

27. November 2015 04:21 Uhr





Die Kameramänner bleiben auch nächstes Jahr im Sitzungssaal. Doch live soll nicht mehr gesendet werden. Foto: Peter Ferstl/Stadt Regensburg

REGENSBURG. Sendungen live aus dem Rathaus wird es im neuen Jahr nur noch im Januar geben. Wie die MZ aus dem Stadtrat erfuhr, hat sich die Koalition wegen der aus ihrer Sicht geringen Nutzerzahlen darauf geeinigt, die Live-Übertragung nach Ablauf der einjährigen Probezeit einzustellen. Die Mitschnitte aus dem Kultur- und dem Stadtplanungsausschuss sollen nur noch zeitversetzt in der [Mediathek](#) abrufbar sein.

ANZEIGE

Es handelt sich bei diesem Beschluss von SPD, Grünen, Freien Wählern, der FDP und der Piratin Tina Lorenz um einen Kompromiss. Einige Mitglieder der Koalition waren für einen Schlussstrich.

### Mehr zum Thema



**POLITIK**  
Manche Stadträte sind kamerascheu



**KOMMUNALPOLITIK**  
Premiere für „Live aus dem Rathaus“

„Wir hätten gesagt, kann man einstellen, bringt nichts“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Hartl.



**INTERNET**  
**CSU gegen Live-Übertragung  
von Sitzungen**

Anderen liege der Livestream aber am Herzen, von Anfang an setzten sich die Piratin und die FDP dafür ein. „Wir sind den Kollegen insoweit entgegengekommen, indem wir den Versuch mit der Mediathek machen.“ Dafür wird die Probezeit um ein weiteres Jahr verlängert.

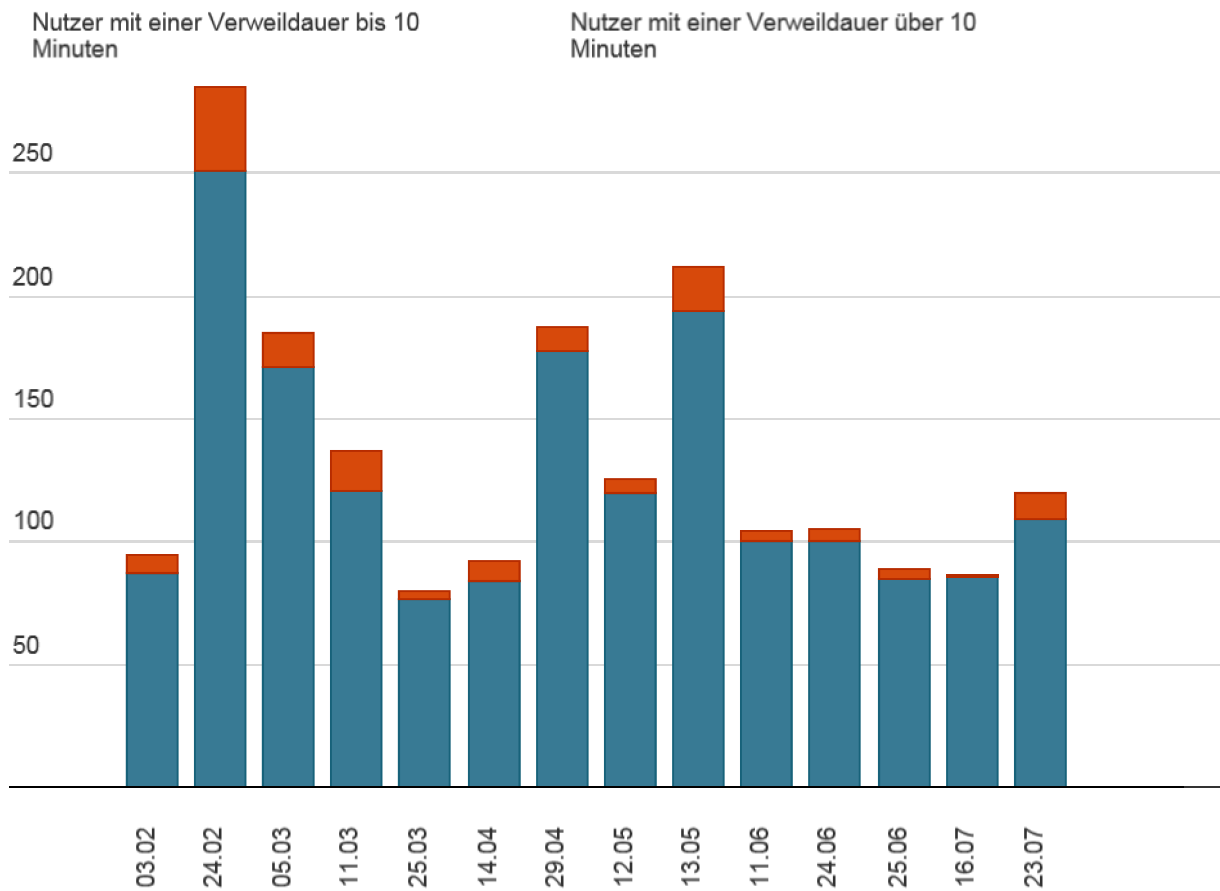
## Der OB äußert sich nicht

Oberbürgermeister Joachim Wolbergs war am Donnerstag nicht zu erreichen. Sprecherin Kristina Klement nannte auf Anfrage nur Durchschnittswerte zu den Zuschauerzahlen, um einer Stadtratssitzung nicht vorauszugreifen. Wie die von Klement genannte Zahl von 176 Zugriffen pro Sitzung zwischen Februar und November zustande kommt, zeigt ein Blick auf den Blog der Piratin Tina Lorenz.

Die hat dort – mit Erlaubnis der Stadt – unter anderem folgende Werte veröffentlicht: Am 25. März gab es 80 Einwahlen. Auf der Tagesordnung des Stadtplanungsausschusses standen da der „Hochwasserschutz Österreicher Stadel“, das Gebäude steht an der Donaulände, und die „Innovative Energieregion“. Als es am 24. Februar unter anderem um die Förderung der Altstadt ging, gab es 285 Zugriffe. Klement nennt einen Höchstwert von 436 Nutzern, aber kein Datum dazu. Die Mediathek hat im Schnitt 1090 Nutzer pro Monat.

### ZUGRIFFSZAHLEN BEI LIVESTREAMS AUS DEM RATHAUS

Zugriffszahlen bei Livestreams aus öffentlichen Sitzungen des Stadtplanungsausschusses und des Kulturausschusses:



Daten

Quelle: Snapshot



Weitere Zahlen machen deutlich, wie kurz die, die sich live zuschalten, dabeibleiben: Bei allen Übertragungen zählt die große Mehrheit zur Kategorie „Nutzer mit einer Verweildauer bis zehn Minuten“. Länger waren etwa am 24. Februar nur 34 dabei. Das kann auch daran liegen, dass bei vielen die Übertragung nach kurzer Zeit abbrach. „Viele Leute sagen mir, das ist ja unkuckbar“, berichtet Lorenz. Nach Auskunft der beauftragten Firma Snapshot kann sie das technische Problem nicht lösen, weil wohl in den Verteilknoten oder den Leitungen, die zu den Nutzern führen, lokalisiert.

Insgesamt findet Lorenz die Zahlen zwar „durchaus ausbaubar“, aber im Grunde „relativ gut“. Es gebe nun immerhin deutlich mehr Zuschauer als die, die direkt in den Sitzungssaal kommen. „Wenn’s fünf sind, ist schon viel Publikum da.“

Für Hartl zeugen sie dagegen von geringem Interesse. „Es schauen nur wenige Leute zu und wenn, dann bleiben sie nur kurz dran“, so fällt seine Bilanz aus. „Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist nicht besonders günstig.“

## Regensburg betreibt viel Aufwand

Zu den Kosten lassen sich keine absoluten Zahlen pro Jahr nennen, weil stundenweise abgerechnet wird. Snapshot-Geschäftsführer Michael Geyer sagte jedoch der MZ, in Burglengenfeld habe er pauschal „um die 1000 Euro pro Sitzung“ verlangt, für die nächsten zwei Jahre bekommt die Firma 24 000 Euro. In Regensburg rechne das Unternehmen „in etwa wohl doppelt so viel“ pro Sendung ab, seit der ersten am 20. Januar gab es 20 weitere. Alle zusammen dürften also rund 40 000 Euro gekostet haben.

Der Aufwand in Regensburg ist deutlich höher: Während im Städtedreieck zwei Kameras den Blick in den Saal ermöglichen, sind in Regensburg drei Geräte in Betrieb und vier Menschen an der Arbeit. Jeder Sprecher erscheint in Großaufnahme und einer „Bauchbinde“ mit seinem Namen. Die Mediathek-Lösung würde der Stadt Geyer zufolge keinen großen finanziellen Vorteil bringen. „Wir sparen uns halt den Streaming-Server, den wir monatlich bezahlen. Das sind vielleicht 400 Euro im Monat.“

Die CSU sieht den Beschluss der Koalition auch deshalb kritisch: „Das bedeutet, dass wieder Geld zum Fenster hinausgeworfen wird“, sagt Stadtrat Hermann Vanino, der den Stream von Anfang an kritisch sah. „Wenn die Probephase schlecht läuft, muss man halt die Konsequenzen ziehen.“

Auch Benedikt Suttner von der ÖDP räumt ein: „Die Zugriffszahlen entsprechen nicht den Erwartungen.“ In einem gewissen Rahmen solle sich die Stadt die Partizipationsmöglichkeit für die Bürger aber leisten. „Das könnte ein Mittelweg sein“, sagt er deshalb über den Vorschlag, auf die Livesendung zu verzichten.

[So senden andere Städte](#)

< >

**Passau:**

In Passau befinden sich die Nutzerzahlen des Livestreams aus dem Rathaus nach Angaben der Pressestelle „im unteren zweistelligen Bereich“, je nach Sitzung und behandelten Tagesordnungspunkten schwanken dies. Die laufenden Kosten für den Livestream betragen rund 5000 Euro pro Jahr für den Streamingdienst über einen externen Anbieter. Die Kameraführung und die Einspeisung in das Netz übernehmen eigene Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Übertragen werden alle öffentlichen Sitzungen des Plenums und der Stadtverwaltung.

**Ingolstadt:**

In Ingolstadt hören im Durchschnitt 500 bis 600 Personen zu, wenn der gesamte Stadtrat tagt: Aus dem Ingolstädter Rathaus sendet nur ein Audiostream. Die Ausschusssitzungen verfolgen durchschnittlich 50 Personen. Zu den Kosten will sich die Stadt nicht äußern.

**Julia Ried**

## Kommentare (0)

[Unsere Community Regel](#)

Bitte melden Sie sich an, um kommentieren zu können.

[Anmelden](#)

noch 700 Zeichen

---

**VEREINE**

< **St. Emmeram mit Schwung dabei**

**KULTUR**

**Klänge der Bücher und  
der Sprachen**



# Ein Stadtrat voller Filmstars

Plenum stimmt für Live-Übertragung auf Probe – Kosten: etwa 1000 Euro pro Sitzung

**BAYREUTH**  
Von Katharina Wojczenko

Selten sind Stadtratsdebatten so spaßig wie die zur Live-Übertragung. Am Ende entscheidet das Plenum: Frühestens ab Herbst 2015 werden alle öffentlichen Stadtrats-sitzungen probeweise ein- bis anderthalb Jahre übers Internet aus-gestrahlt und in einer Mediathek archiviert. Kosten pro Sitzung: etwa 1000 Euro. Zu sehen bekommen die Bürger aber längst nicht alles.

Ein Viertel der anwesenden Amtsträger, quer durch die Fraktionen, will sich nämlich nicht in Bild und Ton festhalten lassen. Ebenfalls einer der fünf Referenten und das Verwaltungspersonal. Dabei hat der Antrag von Ulrike Lex (CSU) ein hehres Ziel: mehr Transparenz und Bürgernähe. Das Streaming könnte die Wahlbeteiligung steigern, hofft Lex. „Und vielleicht hilft das, unsere Debattenkultur zu verbessern.“ Natürlich sei die Webcam aber keine „Disziplinierungsmaßnahme“.

Die einstündige Diskussion ließ tief blicken in die Seelen der Stadträte. Einen gewissen Reiz hat der Gedanke schon, machte Iris Jahn (Junges Bay-reuth) deutlich: „Vielleicht überlegt sich da ja mancher, ob er einen Wort-beitrag macht – oder nicht.“ Die Be-denken von Werner Grüninger (CSU) gingen in ähnliche Richtung: „Ich will gewährleistet wissen, dass ich den Bei-trag löschen kann, wenn ich Unsinn ge-redet habe.“ Andererseits habe die Sa-che ihr Gutes: „Ich sehe Kollegin Chris-ta Müller-Feuerstein jetzt immer nur von hinten.“ Stephan Müller (BG) stand

zu seinen Rampensau-Qualitäten: „Ich hätte nichts dagegen, wenn ich auf-gezeichnet werde – aber wenn ein Vier-tel nicht mitmacht, bin ich dagegen.“

Der Datenschutz, den Hauptamts-leiter Rainer Sack angesprochen hatte, bewegte die Räte ebenfalls. Denn wie die schützen, die nicht gefilmt werden möchten? Andere Städte, die Live-stream nutzen, hätten dafür ihren Sit-zungssaal umgebaut und bitten die Redner einzeln zum Pult, informierte Sack. Kommt in Bayreuth für die meis-ten nicht in die Tüte. Dafür blühten kre-ative Vorschläge: Ingo Rausch (BG) brachte einen Piepton zur Wortbeitr-ag-Zensur ins Spiel. Thomas Ebers-berger (CSU) schlug vor, einen toten Winkel zu schaffen. Und dorthinein die Zuschauer zu stecken, die nicht ge-filmt werden wollen. Oder noch ein-facher: Masken im Plenum verteilen. Und die Presse hinter die Balustrade. Dort, wo die Akustik übrigens aktuell nicht berichttauglich ist.

## LIVE-ÜBERTRAGUNGEN IN ANDEREN STÄDTEN

In Bayern bieten sechs Städte Live-Übertragungen an: Burglengenfeld, Ingolstadt, München, Passau, Pfaffen-hofen und Regensburg. Mit unter-schiedlichen Erfahrungen und Kosten, hat die Bayreuther Verwaltung heraus-gefunden. Die Resonanz ist übersicht-lich: Im Schnitt nutzen zwischen 15 und 200 Bürger das Angebot. Ingolstadt ist von einem Audio-Livestream auf die Übertragung mit drei Kameras umge-stiegen. Die Kosten belaufen sich bis zum Ende der laufenden Amtszeit auf 400 000 Euro. 2013 beschloss auch die Stadt München, ihre Vollversamm-

Tatsächlich gibt es Schwierigkeiten, erläutert Sack dem Kurier. Zwei Ka-meras werden installiert. Wahr-scheinlich rechts und links der Refe-rentenbank, damit sie das Publikum nicht erfassen. Sie filmen nur das Ple-num und bei einzelnen Wortbeiträgen den Sprecher – sofern der einverstan-den ist. Sonst wird er ausgeblendet. Beim Schwenk ins Plenum machen an-dere Städte die Person nicht unkennt-lich, hat Sack in Erfahrung gebracht.

Wie Tim Pargent (Grüne) und Iris Jahn (Junges Bayreuth) befürwor-ten, soll der Livestream eine Media-tek bekommen. Wie lange die Bei-träge dort abrufbar sein werden, ist un-klar. Fest steht, dass sie mit einem Bür-gerinformationssystem verknüpft wer-den sollen. Die halbe Stelle, um dieses aufzubauen, ist bewilligt, sagt Sack. In das System werden aber, wie bei an-deren Gemeinden, nur die Tagesord-nungen gestellt – und nicht die Be-schlussvorlagen und Referentenvor-

lungen zu streamen – für 2500 Euro pro Sitzung. Aus Kostengründen nahm Passau die Sache selbst in die Hand und überträgt seit 2011 die Stadtrats-sitzungen mit eigenem Personal und Equipment. Dadurch können die Kosten mit 15 000 Euro jährlich relativ niedrig gehalten werden. Das Problem in nahe-zu allen Städten ist die Zustimmung der Ratsmitglieder oder Mitarbeiter. Eine Lösung: Während des Redebeitrags wird der Ton ausgeschaltet und ein Bild mit der Aufschrift „Sprecher hat der Übertragung nicht zugestimmt“ auf neutralem Hintergrund eingeblendet. irs

träge. Ob man so der Diskussion fol-gen kann, die dem Redebeitrag eines Nicht-Gefilmten folgt, ist fraglich.

Ein Teil der Räte hatte grundlegen-de Zweifel. Es sei ein Ammenmär-chen, dass Streaming die Wahlbeteili-gung erhöhe, sagte Thomas Bauske (SPD). „Das sieht man an der Bundes-und Landtagswahl.“ Warum solle Bay-reuth das nutzen, wenn selbst beim Bundestag die Zuschauerzahlen nied-rig seien, sagte Maria Hebart-Herr-mann (BG).

Irgendwann sollte doch endlich ab-gestimmt werden. Zusammenfassung Stefan Specht (CSU): „Es gibt welche, wie den Kollegen Müller, der gefilmt werden möchte, wenn er jemanden fin-det, der ihn filmen möchte“ – und eben andere. Lachanfälle. Die OB muss zur Glocke greifen. Derweil schwenkt Christoph Rabenstein (SPD) mit dem Tablet ins Plenum. „Filmen ist nicht ge-stattet!“, mahnt Brigitte Merk-Erbe. Stimmen fordern umgehende Konfis-zierung. „Ich gehe mal davon aus, dass Dr. Rabenstein schon gelöscht hat“, meint die OB versöhnlich. „Bis jetzt noch nicht“, gibt Rabenstein zurück.

Ulrike Lex platzt der Kragen: „Das ist kein Stadtrat, das ist ein Eierrat.“ Seit drei Jahren eiere man um das The-ma herum. Zweiter Anlauf namentliche Abstimmung. Weitere Wortbeiträge. Redner Harald Rehm (CSU), todernst: „Das ist doch kein Kasperl-theater!“ Lachanfälle. Namentliche Abstimmung über die Filmerei. Walter Wagner (CSU), ein kräftiger Kerl, sagt Ja – „aber nur mit Schmalfilmkame-ra!“ 28 der 39 Anwesenden stimmen zu. Es waren übrigens drei Zuhörer an-wesend.



# Kostenaufstellung Video-Streaming Stadtratsitzung

## EINMALIGE KOSTEN

Kamera	s. Aufstellung unten		4000 – 8000 €
Richtmikrofon	Sennheiser 003284 ME 66		300 €
Laptop (Rechner zur Videobearbeitung)			1000 €
Software	Wirecaste, weitere Software s. u.		400 – 1000 €
		<b>Summe</b>	<b>5.700 – 10.300</b>
<b>Firma Sogida AG in Kiel</b>	Komplett Hardware: Rechner, Kamera etc.	Kaufsumme / Ausleihe auch möglich	<b>Ca. 12.000 €</b>

## LAUFENDE KOSTEN

		Pro Monat	Pro Jahr
Leitung	QSC 2 MBit SDSL (36 Monate Laufzeit )	109 € / monatl.	1308 €
Personalkosten	1 Arbeitstag / Monat (nur Stadtrat)	600 € / Tag	7200 €
Streaming	Firma Sogida AG Kiel (Preis für max. 200 gleichzeitige User, danach geht es gestaffelt weiter) mind. 1 Jahresvertrag	400 € / Monat inkl. MwSt.	4800 €
Geräteausleihe über Fa. Sogida		500 € / Monat	6000 €
	<b>Summe:</b>	<b>19.308 € jährlich bei Hardwaremiete</b>	
		<b>13.308 € jährlich ohne Hardware + ca. 12.000 € Anschaffungskosten</b>	

## ANTWORT AUF ANFRAGE BEI DER STADT PASSAU:

Sehr gerne beantworte ich Ihnen die Frage und gebe Ihnen Tipps über welche Fallstricke wir gestolpert sind:

1.) Man muss hier unterscheiden zwischen Bandbreite, die man von Streaming Client zum Server benötigt (aktuell 340Kbit/sec) und Bandbreite vom Server ins Internet pro Streaming-Teilnehmer (Pro Benutzer ebenfalls 340Kbit/sec)





Die Stadtwerke haben mir telefonisch den „normalen“ Preis genannt. Angebot kommt noch, kann evtl. verhandelt werden.

2.) die 1. Sitzung haben wir bei uns noch selbst gehostet. Dabei haben wir uns den kostenlosen Microsoft Medien Dienst Server eingesetzt. Die Technik ist immer so, dass ein Client, an dem eine Kamera angeschlossen ist über ein Clientprogramm den Stream an einem Server übermittelt und dieser den Stream dann zur Verfügung stellt. Vorgabe waren dabei 50 Teilnehmer zur ersten Sitzung. Dies war mit einer Bandbreite von 9 Mbit/s zu realisieren. Wir müssten jedoch recht schnell feststellen, dass die Zugriffszahlen (wegen der umfangreichen Medienberichterstattung über die Premiere !!) weit über die uns zur Verfügung stehenden Bandbreite lag. Deswegen haben wir über eine bei uns ansässigen Medienfirma einen Partner gefunden, der im Bereich Streaminghosting Erfahrungen hat. Dies ist die Firma Sogida AG in Kiel. Email: [info@sogida.com](mailto:info@sogida.com) Der Vertrag läuft über **200 gleichzeitige Nutzer bei 24 Stunden Streamingveranstaltung im Monat** mit einer Videoqualität von 350 Kbit/sec. Als Server wird hier ein Adobe Streaming Server eingesetzt, welcher den Stream im Flash Format zur Verfügung stellt.

<http://sogidia.de/anwendungsfelder.html>

**Passau zahlt fuer den Service 300 €/Monat + Personalkosten**

3.) Als Kamera setzten wir die JVC GY-HM150 und als Richtmikro das Sennheiser 003284 ME 66. Wir sind von der Qualität mit beiden zufrieden. Gerade das Richtmikro bietet den Vorteil, ohne festinstallierte Sprechanlage pro Stadtrat den Ton sehr gut einzufangen.

**Kamerakosten lt. Internet zw. 2100 – 2700 €**

**Richtmikrofon: ca. 250 €**











Bei der Kamera muss ich ausholen:

Wichtig bei der Camera ist nicht die Qualität. Bei einem Stream von 340Kbit/sec ist man weit von HD oder ähnlichem entfernt. Vielleicht sollte man noch drauf achten, dass man einen weiten Winkel hat. Das wichtigste meiner Meinung ist der Anschluss der Camera an den Client. Die erste Kamera, die wir selbst schon im Haus hatten, wurde über FireWire angebunden. FireWire Kabel besitzen keine Arretierung. Somit muss man das Kabel ständig an der Kamera und am Laptop mit Klebeband festkleben und trotzdem kann sich während der Sitzung das Kabel lösen. Zu empfehlen ist hier ein SDI-Anschluss welcher per Karabiner-Verschluss angesteckt wird.

Die JVC besitzt jedoch einen HDMI Anschluss. Per Adapter HDMI zu SDI soll das ganze gelöst sein. Leider benötigt der Adapter einen Stromanschluss und man kann ihn nicht an der Kamera befestigen.

**Man sollte hier vielleicht eine Kamera wählen, die einen direkten SDI-Anschluss besitzt. Diese Kameras sind wesentlich teurer. Leider war eine Kamera mit direktem SDI nicht mehr in unserem Budget.** Suchergebnis im Internet:

[http://www.guenstiger.de/Katalog/Camcorder/HDV/und\\_Anschluesse\\_HD\\_SDI.html](http://www.guenstiger.de/Katalog/Camcorder/HDV/und_Anschluesse_HD_SDI.html)

Produkte		Preis €	MX.Preis		Bewertung
<b>SONY HXR-NX5E</b> Camcorder: ... Card - Bildstabilisator - Anschlüsse: Audio-Ausgang (3,5 mm), Audioausgang (Cinch), BNC, Component-Ausgang, Composite-Ausgang, HD-SDI, Mikrofon, USB-B, XLR - Farbe: Schwarz - Integrierter GPS-Receiver - Maße: B173 mm x H187 mm ...		ab <b>3.979,00</b> 14 Preise	↓ 9,4% <del>4.389,84</del>		4 Testberichte
<b>SONY PMW-EX3</b> Camcorder: ... Audio-Eingang (3,5 mm), BNC, Component-Ausgang, Composite-Ausgang, Expresscard, FireWire 400 (IEEE 1394), HD-SDI, S-Video-Ausgang, USB-B, XLR - Maße: B178 mm x H196 mm x T380 mm ...		ab <b>7.118,99</b> 12 Preise	↓ 15,5% <del>8.422,88</del>		5 Testberichte
<b>PANASONIC AG-AF101</b> Camcorder: ... Lautsprecher - Speichermedien: SDHC Memory Card, SDXC (Secure Digital eXtended Capacity) - 2 Speicherkartenslot(s) - Zubehörschuh - Anschlüsse: HD-SDI, XLR - Gewicht 1,20 kg ...		ab <b>4.300,00</b> 15 Preise	↓ 22,4% <del>5.538,99</del>		7 Testberichte
<b>SONY PMW-EX 1 HD</b> Camcorder: ... Audio-Ausgang (3,5 mm), AV-Ausgang, BNC, Component-Ausgang, Expresscard, FireWire 400 (IEEE 1394), HD-SDI, Kopfhörer, Mikrofon, S-Video-Ausgang, USB, XLR - Maße: B178 mm x H196 mm x T380 mm ...		ab <b>5.938,13</b> 10 Preise	↓ 7,8% <del>6.440,55</del>		★★★★☆ (1) 17 Testberichte
<b>SONY NEX-FS700EK</b> <b>NEU</b> Camcorder: ... 60 B/s Video Bilder pro Sekunde - Eingebautes Mikrofon - Eingebaute Lautsprecher - Bildstabilisator - Sound: Stereo - Anschlüsse: HD-SDI ...		ab <b>8.839,99</b> 3 Preise	↓ 15,0% <del>10.399,00</del>		Jetzt bewerten

5 Produkte gefunden.

4.) Wirecast war deswegen die Wahl, weil es als einzige Software, ein Wechsel zwischen mehreren Geräten und Bilder ermöglicht. Wir präsentieren 10 Minuten vor Sitzungsbeginn ein Bild, mit dem darauf hingewiesen wird, dass die Sitzung gleich startet und nach Beendigung ein Bild mit der Info, dass der öffentliche Teil beendet ist. Dies mussten wir so einführen, da der öffentliche Teil recht schnell zu Ende sein kann und der Zuschauer dies gar nicht mitbekommt. Mancher ging deswegen von einem technischen defekt aus, weil der Stream plötzlich weg war.

Wirecast bringt noch eine zusätzliche Software mit, den Presenter. Der Presenter übermittelt über das Netzwerk an den Streaming Client das Desktop-Bild des Beamer-Client. Somit können Präsentationen gestreamt werden, ohne das man die Beamer-Leinwand mit der Kamera abfilmen muss.

Bei Wirecast ist dringend die Hardware Kompatibilitäts-Liste zu beachten. Es sind nicht alle SDI Karten / SDI Boxen freigegeben.

Es gibt auch noch den kostenlosen Adobe Client. Der bringt aber keinerlei Zusatzfunktionen.

<http://www.alternative-zu.org/alternativen/Wirecast/>

<http://support.brightcove.com/de/dokumente/videoanleitung-livestreaming-mit-wirecast>

<http://www.telestream.net/wire-cast/overview.htm>

<http://vidblaster.com/downloads/downloads.html>

Wie zuvor schon erwähnt, haben wir zuerst den Windows Medien Dienst Server benützt. Diese Software steht kostenfrei bei Windows 2008 R2 Servern als Rolle zur Verfügung. Der Medien Server hat zu dem noch eine Mediathek, bei der automatisch Sitzungen aufgezeichnet werden und nach Ende des Streams dort zur Verfügung stehen.

5.) Zu beachten ist die Art des Streams. Bei Adobe Flash gibt es Probleme bei Apple Ipad's/Iphone. Dies kann umgangen werden, wenn man den richtigen Player auf der HomePage bereit stellt. Bei

## Stadt Bamberg



Mobile Devices muss die Bandbreite beachtet werden. Entweder man regelt den Stream auf eine entsprechende Bandbreite runter, oder man richtet einen zweiten Stream für Geräte mit eingeschränkter Anbindung ein.

Gerne können Sie mich bei Frage jederzeit anrufen 0851/396-580. (nächste Woche bin ich jedoch nicht im Haus, da steht der Kollege Meier Ihnen zur Verfügung Tel: 0851/396-575) Ebenfalls können Sie die Zusammenstellung auch an die Kollegen anderer Kommunen verschicken.

Mit freundlichen Grüßen

Kohout

Stadt Passau  
Hauptamt -luK-  
Tel: 0851/396-580  
Mail: [martin.kohout@passau.de](mailto:martin.kohout@passau.de)

28. April 2013, 15:31 Ingolstadt

# Umstrittene Livestreams aus dem Stadtrat

**Ungeschminkte Wiedergabe aus dem Ingolstädter Stadtrat: Ein Journalist fordert, dass die Sitzungen per Audio-Livestream im Internet übertragen werden. Doch die Stadträte protestieren - und bekommen Unterstützung von bayerischen Datenschützern.**

*Von Wolfgang Wittl*

Als Michael Schmatloch im Ingolstädter Stadtrat unlängst seiner Arbeit nachgehen wollte, stutzte er. Schmatloch ist Mitbegründer von *Ingolstadt today*, einem Internetportal, das sich als "Multimediazeitung für Smartphone, Tablet und PC" versteht. Der 60-jährige Journalist wollte wie gewohnt die Beiträge der Sitzung mitschneiden. Doch er sah sich jäh ausgebremst: Das Mikrofon, das er bislang angestöpselt hatte, ließ plötzlich keine Tonaufnahmen mehr zu. Aus datenschutzrechtlichen Gründen sei es nicht länger gestattet, die Wortmeldungen der Stadtratsmitglieder als Audiodateien ins Internet zu stellen, erfuhr Schmatloch von der Stadt.

Es geht um eine Frage, die beileibe nicht nur Ingolstadt betrifft: Wie viel Öffentlichkeit muss sich ein Kommunalpolitiker in einer öffentlichen Sitzung gefallen lassen? Wo beginnt sein Persönlichkeitsrecht?

Der bayerische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri sagt dazu: "Ich habe nichts gegen Transparenz. Transparenz ist etwas Gutes." Was gut sei, müsse aber nicht immer richtig sein. Die Grenze zieht Petri zwischen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Politikern - zwischen einem Verfassungsorgan wie dem Landtag und einem Verwaltungsorgan wie Stadt- oder Gemeinderäten. Es reiche zu wissen, wie ein Stadtratsmitglied abgestimmt habe, sagt Datenschützer Petri. Eine Verbreitung seiner Worte sei dafür jedoch nicht erforderlich. Niemand dürfe durch persönliche Eigenheiten bloßgestellt werden, zum Beispiel wenn er stottert.

Michael Schmatloch kommt in der Abwägung zwischen Persönlichkeitsrechten und öffentlichem Interesse zu einem anderen Ergebnis. Der Journalist ist der Auffassung: Wer ein politisches Amt übernimmt, egal welches, muss damit leben, dass er im Original zitiert wird. "Auf welcher Grundlage soll der Bürger sonst wählen können?" Nicht jeder Arbeitnehmer habe schließlich Zeit, nachmittags Sitzungen zu besuchen. Schmatloch ist ein großer Fan der ungeschminkten Wiedergabe.

In seinen acht Jahren als Chefredakteur des *Donaukuriers* verweigerte er beispielsweise das Autorisieren von Interviews, weil es nur dem Zweck diene, das Gesagte nachträglich zu manipulieren. Als das Büro des damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber angeblich sogar Fragen umformulieren wollte, habe er das Interview in den Papierkorb werfen lassen. Daher hegt Schmatloch auch

Sympathien für Livestreams, also für das Filmen von Stadtratssitzungen und ihre Übertragung im Internet.

Ob ein Kommunalpolitiker sich darauf einlässt, darf er selbst bestimmen. Im Datenschutzbericht heißt es: "Eine Übertragung der Sitzungsbeiträge von Gemeinderatsmitgliedern oder Redebeiträgen von Gemeindebediensteten im Internet ist nur zulässig, wenn diese der Übertragung zugestimmt haben - und zwar sowohl was Bild, wie was Ton betrifft." Die Debatte darüber hat schon manches Gremium gespalten.

In Passau werden Sitzungen seit eineinhalb Jahren im Netz gezeigt. Sprecher Herbert Zillinger erinnert sich an "anfängliche Irritationen und sehr emotionale Diskussionen", doch das sei jetzt vorbei. Auch Stadtratsmitglieder, die sich zunächst nicht filmen lassen wollten und bei ihren Wortmeldungen ausgeblendet wurden, seien umgeschwenkt. Wie freiwillig das geschah, sei dahingestellt. Ein wöchentlich erscheinendes Anzeigenblatt verstieg sich zu der Schlagzeile: "Passaus feigste Stadträte" - und listete jeden auf, der sich einer Übertragung widersetzte. Der öffentliche Pranger verfehlte seine Wirkung nicht: Alle Passauer Räte haben dem Sitzungs-Livestream im Internet mittlerweile zugestimmt.

Das Ansinnen der Stadt Passau, dadurch "einen Beitrag zu mehr Transparenz zu leisten", wie Zillinger sagt, ist indes nur teilweise von Erfolg gekrönt. Zwar kann nun jeder Ausschuss in Echtzeit begleitet werden, doch der Reiz des Neuen ist merklich gesunken. Von anfangs mehreren Hundert Usern sind je nach Thema zwischen 30 und 50 übrig geblieben, bei jährlichen Übertragungskosten von 15.000 Euro für die

Stadt. Immerhin: Das Redeverhalten der Stadträte - etwa durch eine befürchtete Zunahme von Schaufenster-Monologen - habe sich nicht groß verändert.

Der Ingolstädter Stadtrat hat so einen Livestream im vergangenen Sommer mehrheitlich abgelehnt. Für Datenschützer Petri eine richtige Entscheidung, er sagt: "Es gibt Sachen, die haben im Netz nichts zu suchen." Etwa dann, wenn Politiker über Dritte reden. Petri weiß von einer Frau, die im Stadtrat namentlich für ihr ehrenamtliches Engagement gelobt wurde. Als sie davon erfuhr, sei sie aus allen Wolken gefallen. Die Frau war Opfer eines Stalkers - und hatte sich extra zurückgezogen. "Das Internet entzieht sich jeglicher Zweckbindung", kritisiert Petri, daher rate er auch bei Tonmitschnitten zur Zurückhaltung.

Die Stadt Ingolstadt hat nun alle Stadtratsmitglieder angeschrieben, ob sie der Verbreitung ihrer Wortmeldungen zustimmen. "Wir schöpfen mit diesem Vorschlag die Rechtslage zu Ihren Gunsten voll aus", heißt es in einer Mitteilung an Michael Schmatloch. Der spielt bereits mit dem Gedanken, einen Juristen zu konsultieren: "Man müsste den Begriff Öffentlichkeit generell klären", sagt er. Einstweilen wolle er die Sitzungen weiter aufnehmen - über Lautsprecher und mit Tastengeklapper im Hintergrund.

**URL:** <http://www.sueddeutsche.de/bayern/ingolstadt-umstrittene-livestreams-aus-dem-stadtrat-1.1659805>

**Copyright:** Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

**Quelle:** SZ vom 27.04.2013/mahu

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).